

## Parteikassen profitieren

# Weiterbildung – Goldmine der Korruption

Cornelia Derichsweiler, Madrid  
14. Juli 2014

Spanien stellt für seine vielen Arbeitslosen Subventionen zur Verfügung, die Fortbildungsangebote ermöglichen sollen. Es wird falsch abgerechnet, das Geld versickert. Und jahrelang merkt niemand etwas.

In Andalusien, der Region im spanischen Süden mit offiziell 35 Prozent Arbeitslosen, sind im grossen Stil öffentliche Gelder veruntreut worden, die eigentlich der Fortbildung Erwerbsloser dienen sollten. Dutzende von Weiterbildungskursen wurden den staatlichen Förderfonds in Rechnung gestellt, in Wirklichkeit aber nie abgehalten. Teilnehmerlisten waren teilweise frei erfunden oder künstlich aufgestockt, die Rechnungen aufgebläht, wie eine Sondereinheit der spanischen Polizei feststellte, die dem Betrug seit Monaten auf der Spur ist. Ein beträchtlicher Teil der Subventionen für Weiterbildung floss nicht in den Unterricht, sondern versickerte in einem ausgeklügelten System dunkler Finanzkanäle, das die Ermittler nun Schritt für Schritt entwirren.

### *Gewiefte Subventionsjäger*

Erkleckliche Summen verschwanden offenbar in den Kassen der Gewerkschaften, die einen Teil der Kurse in Auftrag gegeben hatten. Zwölf Jahre lang soll der andalusische Ableger der Gewerkschaft UGT – sie steht den Sozialisten nahe – seinen Aufwand weitgehend aus solchen veruntreuten Mitteln bestritten haben. Der Umstand, dass ausgerechnet Gewerkschafter, die regelmässig gegen die hohe Erwerbslosigkeit im Land mobil machen, Gelder für deren Bekämpfung in den eigenen Taschen verschwinden liessen, empört die Öffentlichkeit. Dem ohnehin angeschlagenen Ansehen der Gewerkschaften hat der Fall noch weiter geschadet.

Im Visier der Justiz stehen zudem Dutzende von gewerkschaftsnahen Firmen, die am Betrug beteiligt waren, sowie der andalusische Arbeitgeberverband, der ebenfalls Fördermittel erhielt. Zudem wird gegen mehrere hohe Beamte der Regionalregierung ermittelt, die die Fördergelder zu verteilen hatten und ihre Kontrollpflicht wohl mehr als nur vernachlässigt haben dürften.

Die Polizei sieht in vielen Fällen auch Vetternwirtschaft im Spiel. Ein Grossteil der reich mit Subventionen bedachten Kursanbieter stand den Geldgebern in der Regionalregierung, den Städten und Gemeinden nämlich sehr nahe. Nicht selten war man miteinander verwandt oder verschwägert. Das Nahverhältnis solcher Firmen zur öffentlichen Verwaltung wurde offenbar Jahr für Jahr mit lukrativen Aufträgen belohnt. Ausserdem versprachen sich die Behörden von ihren Gesten offenbar auch Wählerstimmen, wie es in dem von der Zeitung «El País» zitierten Bericht der Ermittler heisst.

Bei dem systematischen Betrug, der in allen Provinzen der Region grassierte, sollen sich einige Firmen auch als regelrechte «Subventionsjäger» hervorgetan haben. Manche von ihnen seien nur wenige Tage vor der Verteilung der Fördermittel überhaupt erst entstanden und kurz nach dem Verschlingen der Gelder dann wieder von der Bildfläche verschwunden.

Der andalusische Skandal, der mit immer neuen Verhaftungen beinahe täglich neue Versatzstücke ans Licht bringt, ist allerdings kein Einzelfall. In Katalonien etwa waren bereits vor geraumer Zeit illegale Praktiken dieser Art bekanntgeworden. Dort dienten fiktive Kurse für Arbeitslose schon in den neunziger Jahren der Parteifinanzierung der bürgerlichen Nationalisten. Bis zu 8,8 Millionen Euro, die Brüssel für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bereitgestellt hatte, sollen so vom christlichdemokratischen Flügel der Regierungsbündnis von Convergència i Unió illegal abgezweigt worden sein.

Auch in Madrid wurde kräftig Missbrauch mit der Weiterbildung betrieben. Erst vor wenigen Monaten kam ein spektakulärer Betrugsfall ans Licht, bei dem rund 17 Millionen Euro veruntreut wurden. Im Zentrum der Ermittlungen stehen die krummen Geschäftspraktiken des andalusischen Unternehmers José Luis Aneri. Dieser hatte jahrelang im Auftrag von Arbeitgeberverbänden fiktive Förderkurse im Internet angeboten. Auf die Spur des Netzwerkes kam die Polizei erst, als Aneri, der inzwischen auch in Drogen- und Prostitutionsdelikte verwickelt ist, seine Geschäfte im Weiterbildungsbereich zu vernachlässigen begann.

### ***Kontrolle versagt***

Nach Ansicht von Jesús Lizcano, dem Vorsitzenden der spanischen Niederlassung von Transparency International, zeigen solche Vorkommnisse, dass öffentliche Mittel im Land offensichtlich allzu oft ohne die notwendigen Kontrollen fließen. Dabei hätten Fördergelder in der Regel drei Kontrollsysteme zu durchlaufen: Sie müssten von der zuständigen Behörde genehmigt, von einer weiteren verteilt und in der Regel vom Rechnungshof als dritter Instanz nachträglich auf ihre Rechtmässigkeit überprüft werden. So wie viele Spanier fragt sich Lizcano, wie es geschehen konnte, dass gleich mehrere Kontrollinstanzen über Jahre versagten.

Die Krise hat aber offenbar die Sensibilität der Bevölkerung für ein weitverbreitetes Übel geschärft, und die Justiz hat neuerdings etliche Betrugsfälle ans Licht gebracht. Ein Bewusstseinswandel sei im Gange, konstatiert die neueste Befragung des Zentrums für soziologische Studien. Noch 2010 empfanden nur 4,5 Prozent der Bevölkerung die Korruption im Land als besorgniserregend. Heute sind es fast 40 Prozent. In der Wahrnehmung rangiert die Korruption inzwischen als zweitwichtigstes Problem des Landes, direkt nach der hohen Arbeitslosigkeit, die fast 80 Prozent der Spanier umtreibt.